

Sitzungsperiode 2025-2026
Sitzung des Ausschusses I vom 16. März 2026

FRAGESTUNDE*

- **Frage Nr. 339 von Frau PAUELS (CSP) an Ministerpräsident PAASCH zum Einsatz und Gebrauch elektronischer Bauakten in Ostbelgien**

Derzeit gibt es in der Deutschsprachigen Gemeinschaft noch keine Möglichkeit, elektronische Bauakten zu erstellen, resp. Bauanträge einzureichen. Offenkundig liegt hierzu jedoch Interesse gewisser Gemeinden und Architekten vor.

Ein einheitliches Programm, das dem Gesetzesrahmen entspricht und wo Schnittstellen zu den Gutachtengebern usw. möglich sind, wäre überaus sinnvoll. Der Blick auf umliegende Regionen bestätigt das:

So erklärt das NRW-Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung, dass die Digitalisierung für Bauprojekte ein hohes Potenzial birgt. Auch im Bereich der Bau- und Siedlungspolitik helfen digitale Akten, Prozesse zu optimieren, transparenter zu gestalten und damit letztlich Kosten zu senken. Nordrhein-Westfalen ist Vorreiter beim digitalen Bauen und will das auch so bleiben. Das eingangs genannte Ministerium will die Digitalisierung zielgerichtet vorantreiben und verantwortlich mitgestalten.¹

In Rheinland-Pfalz wird die Einführung einer digitalen Bauakte vorangetrieben, um das bislang überwiegend analoge Baugenehmigungsverfahren vollständig zu digitalisieren. Ziel ist ein durchgängiger digitaler Prozess von der Antragstellung bis zur Erteilung der Baugenehmigung. Erste Pilotbehörden testen das Verfahren bereits unter realen Bedingungen.

Die Förderprogramme des Landes, der Einsatz neuer Methodik wie Building Information Modeling (BIM) sowie die Digitalisierung von Verwaltungsverfahren sind dabei drei wichtige Motoren von Innovation und Entwicklung. Kern des sogenannten „Virtuellen Bauamts“ ist eine End-to-End-Lösung, bei der alle Beteiligten – Bauherrinnen und Bauherren, Planerinnen und Planer sowie Behörden – in einem gemeinsamen digitalen Vorgangsraum zusammenarbeiten.²

In Flandern wird die elektronische Baugenehmigung hauptsächlich über das zentrale Portal omgevingsloket.be (Umweltschalter) abgewickelt. Dieses ermöglicht es, Anträge rund um die Uhr online einzureichen, wobei zur Authentifizierung die eID oder die App *itsme* genutzt werden. Dieses digitalisierte System ersetzt schrittweise die papiergebundene Antragstellung, vereinfacht die Einreichung der Unterlagen und vermeidet persönliche Behördengänge. Es umfasst Baugenehmigungen, Umweltgenehmigungen sowie kombinierte Genehmigungen, wobei die Antragsgebühren je nach Art des Antrags variieren.

* Die nachfolgend veröffentlichten Fragen entsprechen der von den Fragestellern hinterlegten Originalfassung.

¹ <https://www.mhkbd.nrw/themenportal/digitales-bauen>.

² <https://fm.rlp.de/themen/baurecht-und-bautechnik/digitaler-bauantrag>.

Die Region Brüssel-Hauptstadt bietet die *MyPermit*³Plattform an. Sie ermöglicht Antragstellern, online einen neuen Bauantrag bei der Region Brüssel und den 19 Gemeinden einzureichen sowie eine bestehende Genehmigungsanfrage zu vervollständigen. Darüber hinaus stehen auf MyPermit Funktionen zur Verfügung, die etwa die Einlegung eines Rechtsmittels bei der Regierung, das Einreichen eines Antrags auf Fristverlängerung, die Mitteilung des Baubeginns oder das Einreichen von As-Built-Plänen ermöglichen.

Hierzu stelle ich folgende Fragen:

1. Wie steht die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zum Angebot einer E-Akte, was das Einreichen von Baugenehmigungen angeht?
2. Beabsichtigt die Regierung ein digitales System zur Bearbeitung von Bauanträgen hier in Ostbelgien einzusetzen?
3. Wie hoch schätzen Sie die Kosten dafür ein?

• **Frage Nr. 340 von Herrn BALTER (VIVANT) an Ministerpräsident PAASCH zur Besteuerung von Geldautomaten**

Die Bargeldversorgung über Batopin bleibt in der DG ein wiederkehrendes Ärgernis. Die Vivant-Fraktion hat das Thema bereits mehrfach aufgegriffen, weil die Beschwerden keine Einzelfälle sind, sondern strukturelle Mängel betreffen.

Engpässe werden zu Spitzenzeiten sichtbar: In der Karnevalszeit wurde erneut berichtet, dass Geldautomaten in Ostbelgien zeitweise leer waren; Batopin verwies auf erhöhte Abhebungen.⁴ Selbst wenn ein Standort formal existiert, ist die Versorgung nicht zuverlässig, wenn Befüllung, Verfügbarkeit und Krisenfestigkeit nicht stimmen.

Regierung und Gemeinden haben reagiert: Kontakte zu Banken und Batopin, Taskforce, gebündelte Beschwerden; Hinweise auf mögliche rechtliche Schritte zur Barrierefreiheit. Trotzdem bleibt die Wahrnehmung, dass Verbesserungen zu langsam oder gar nicht kommen.

Interessant ist, dass eine Gemeinde wie Ciney einen anderen Hebel testet: Ab 2026 soll eine kommunale Abgabe von 2.000 € pro Jahr und Bank fällig werden, wenn vor Ort keine Bargeldversorgung mehr angeboten wird.^{5,6} Der Betrag ist für Großbanken wohl kein echter Schmerzpunkt, politisch aber ein klares Signal.

Die DG kann keine Steuern erheben und hat gegenüber Banken nur begrenzte Druckmittel. Gemeinden haben kommunale Steuerinstrumente. Wenn die Versorgung trotz Gesprächen, Taskforce und gebündelten Beschwerden wiederholt problematisch bleibt, stellt sich die Frage, ob die DG den Gemeinden eine solche kommunale Maßnahme nach dem Beispiel Ciney empfehlen und sie dabei unterstützen würde.

Meine Fragen:

1. Finden Sie den Ansatz der Gemeinde Ciney grundsätzlich begrüßenswert?
2. Würden Sie den Gemeinden der DG empfehlen, eine vergleichbare kommunale Maßnahme einzuführen?
3. Welche konkreten Schritte setzen Sie bis zum nächsten Zusammentreten der Taskforce, um Zuverlässigkeit zu Spitzenzeiten und Barrierefreiheit an allen Standorten nachprüfbar zu verbessern?

³ <https://mypermit.urban.brussels/home>.

⁴ <https://www.grenzecho.net/136441/artikel/2026-02-17/frust-karneval-geldautomaten-ostbelgien-zeitweise-leer>.

⁵ <https://www.rtbef.be/article/ciney-les-banques-sans-distributeur-seront-taxe-es-en-2026-11653025>.

⁶ <https://www.matele.be/ciney-la-ville-veut-taxer-les-banques-sans-distributeur>.

• **Frage Nr. 341 von Frau COLLING (ECOLO) an Ministerpräsident PAASCH zur Verwendung der Mittel aus dem EU-Klima-Sozialfonds**

In einer Pressemitteilung teilten Sie mit, Herr Ministerpräsident, dass die DG im Rahmen des belgischen Klima-Sozialplans und vorbehaltlich der Genehmigung durch die Europäische Kommission, zwischen 2028 und 2032 etwa 6,5 Millionen Euro aus dem europäischen Klima-Sozialfonds erhalten werde. Dieser Fonds hat zum Ziel, die sozialen Auswirkungen der Ausweitung des europäischen Emissionshandels auf die Bereiche Gebäude und Verkehr abzufedern und insbesondere Haushalte sowie Kleinstunternehmen zu unterstützen, die von Energie- oder Mobilitätsarmut betroffen sind.

Diese Mittel sollen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft für die energetische Sanierung von Sozialwohnungen eingesetzt werden, insbesondere durch die Öffentliche Wohnungsgesellschaft Ostbelgien (ÖWOB). Sie haben sich persönlich laut Pressemitteilung zufrieden mit dem Verhandlungsergebnis gezeigt.⁷

Bereits seit 2022 unterstützt die DG die ÖWOB mit 30 Millionen Euro beim Ausbau und der energetischen Sanierung des öffentlichen Wohnraums. Ab 2026 waren laut BRF-Bericht weitere 37 Millionen Euro zusätzlich eingeplant, darunter auch EU-Gelder. 67 Millionen Euro "zahle man nicht einmal so eben aus der Portokasse", sagte Ministerin Klinkenberg dem BRF letzten Sommer dazu.⁸

Unsere Fragen:

1. Handelt es sich bei den rund 6.5 Millionen Euro um zusätzliche Mittel, die über die bereits von der DG zugesagten Investitionen in die ÖWOB hinausgehen?
2. Wie viele Haushalte, die in ÖWOB-Immobilien unterkommen, sollen durch die mit diesen Mitteln geplanten energetischen Sanierungen konkret entlastet werden?
3. Welche weiteren Maßnahmen plant die Regierung der DG, um die vom Klima-Sozialfonds besonders adressierten Gruppen (Haushalte in Energiearmut, Kleinstunternehmen usw.), die von steigenden Kosten im Gebäude- oder Verkehrssektor betroffen sind?

• **Frage Nr. 342 von Herrn BALTER (VIVANT) an Ministerpräsident PAASCH zum föderalen Haushaltsdefizit**

Aufgrund der aktuellen Entwicklungen mehren sich Warnsignale zur gesamtstaatlichen Finanzlage. Der Gouverneur der Nationalbank, Pierre Wunsch, bezeichnet die belgische Staatsverschuldung als „besorgniserregend und langfristig nicht tragfähig“ und hält deutlich stärkere Konsolidierungsmaßnahmen für erforderlich. Premierminister De Wever räumt zugleich ein, dass die bisherigen Reformen nicht ausreichen.⁹

Parallel steigt das konjunkturelle Abwärtsrisiko. BNP Paribas Fortis warnt: Bleibt Öl länger teuer, drohen höhere Inflation und schwächeres Wachstum; für Europa wird im zweiten Halbjahr sogar eine Rezession wahrscheinlicher. Solche Schocks würden Defizite und Zinslasten zusätzlich verschärfen.¹⁰

⁷ <https://www.grenzecho.net/136740/artikel/2026-02-23/dg-erhalt-65-millionen-euro-aus-klima-sozialfonds-der-eu>.

⁸ <https://brf.be/regional/1996733/>.

⁹ <https://www.grenzecho.net/137384/artikel/2026-03-09/schwieriger-sparkurs-fur-de-wever>.

¹⁰ <https://www.grenzecho.net/137405/artikel/2026-03-09/droht-europa-eine-neue-rezession-wegen-hoher-olpreise>.

Das föderale Planbüro warnte bereits in seinen Prognosen vom Februar '26 vor einer anhaltenden Verschlechterung der Staatsfinanzen. Die Prognosen sind pessimistischer als die Mehrjahresplanung der Regierung, daher seien zusätzliche Maßnahmen nötig.^{11,12}

Hinzu kommt Ihre Aussage vom 9. Februar 2026: Die EU verlange 28 Mrd. EUR Konsolidierung, und die Lastenverteilung zwischen Föderalstaat und Gliedstaaten sei im Konzertierungsausschuss noch offen.¹³

Diese Lage bestätigt die wiederholte Vivant-Warnung, dass Vorsorge nötig ist, bevor der Druck von außen steigt.

Seit Jahren weisen wir wiederholt auf diese Entwicklung hin. Wir haben immer wieder vor den Risiken des Finanzsystems gewarnt. Sie sind diese Risiken dennoch eingegangen und haben die Verschuldung der DG auf ein Rekordniveau getrieben.

Meine Fragen:

1. Welche Auswirkungen erwartet die Regierung für den Haushalt der DG infolge der aktuellen Warnungen vor einer langfristig nicht tragfähigen belgischen Staatsverschuldung?
2. Welche zusätzlichen strukturellen Maßnahmen plant die Regierung zur Stabilisierung der DG-Finanzplanung für den Fall eines konjunkturellen Einbruchs infolge anhaltend hoher Energiepreise?
3. Teilen Sie die Einschätzung der belgischen Ökonomen, wonach die belgische Staatsverschuldung langfristig nicht tragbar ist?

¹¹ <https://www.plan.be/fr/publications/perspectives-economiques-2026-2031-pour-la>.

¹² <https://www.grenzecho.net/136378/artikel/2026-02-16/prognose-planburo-warnt-vor-weiterem-anstieg-des-budgetdefizits>.

¹³ <https://www.youtube.com/watch?v=LEZ0WGVZWVs>.